Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 47

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

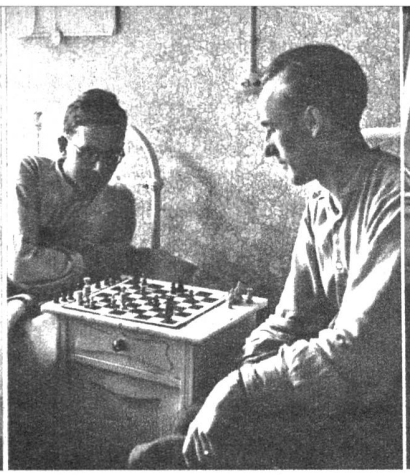
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Neues amerikanisches Feuerlöschgerät für unsere Feuerwehren. Kürzlich wurde in Bern in Anwesenheit von Spitzenvertretern der Feuerwehren verschiedener Schweizer Städte mit Erfolg ein neues Feuerlöschgerät ausprobiert. Das Gerät wurde von dem amerikanischen Erfinder Griswold konstruiert. Der Apparat, der am gewöhnlichen Wasserschlauch angeschlossen wird, verteilt das Wasser in nebelartiger Form auf die Feuerstelle und hat ohne jeden Zusatz von Chemikalien eine erstaunlich rasche und gründliche Löschwirkung



In Lausanne fand im Beisein des Generals die offizielle, feierliche Gründung der *General - Guisan-Stiftung* statt, durch welche das vom Schweizervolk beschlossene und durch freiwillige Spenden, die zum Teil auch aus dem Auslande zuflossen, ermöglichte Werk der Wohltätigkeit und Dankbarkeit gegenüber den im Militärdienst erkrankten oder verunfallten Soldaten in die Tat umgesetzt wurde. Denn überall dort, wo die bestehenden Organe nicht ausreichen (Militärversicherung), soll den Patienten und Rekonvaleszenten eine Heimstätte gegeben werden. (ATP)

Dem Träger des diesjährigen Goethe - Preises, Hermann Hesse, ist der Nobel-Preis für Literatur zugesprochen worden. Hermann Hesse, der feinsinnige Dichter und vielgelesene Roman-Autor ist am 2. Juli 1877 in Calw geboren. Seit vielen Jahren lebt er in der Schweiz, im tessinischen Montagnola und hat auch längst das Bürgerrecht seiner Wahlheimat erhalten (ATP)

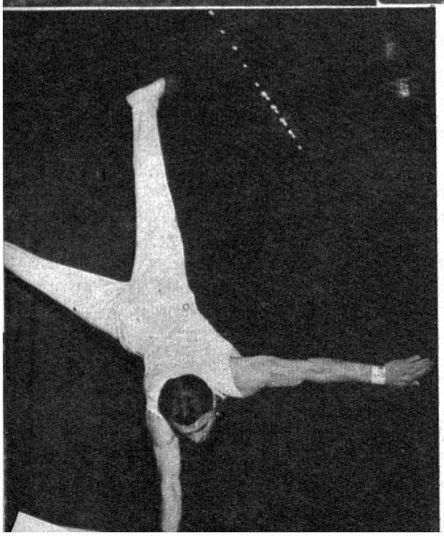
Rechts:

Auf der Strasse zwischen Vincennes und Paris blieb ein Auto, ein offener Sportwagen, stecken. Motordefekt. Der 23 Jahre alte Besitzer des Autos kam, als er den Schaden untersuchen wollte, mit der Zigarette zu nahe an den Vergaser — und schon stand der Wagen in Flammen. Die Feuerwehr rückte auf, löschte sofort und — fand Gold! Schweizer Goldstückli, im Werte von 1,2 Millionen Schweizerfranken lagen unter den Autokissen. Jetzt liegt das Gold und auch der Automobilist bei der Pariser Polizei (ATP)

Mit gestohlenen Autos pflegen Diebe meistens nicht gerade die Hauptstrasse zu benützen. Und wenn sich ein Meister der Zunft gleich an einem doppelstöckigen, vier neue Fordwagen enthaltenden Traktor vergreift, muss er sich schon seitwärts in die Büsche schlagen. Dies tat der schlaue Einbrecher von Kansas City, gelangte zwar auch richtig in die «Büsche», aber — nicht mehr heraus. Ohne seine Beute, immerhin mit dem Traktor, machte sich der ungeschickte Dieb davon, während Herr Ford seine Wagen wieder zu sich kommen liess (ATP)

Am Samstag, den 16. November, wurde in Paris der erste internationale Nachkriegs-Flugzeugsalon eröffnet, die erste Schau ihrer Art seit Jahren, die einen erschöpfenden Ueberblick über die neuesten Errungenschaften der Flugzeugkonstruktion ermittelt. Unser Bild zeigt die französische Abteilung des Salons, mit dem imposanten Rumpf der grössten Transportmaschine der Welt, der «Cormoran» (Photopress)

SPORT VOM SONNTAG



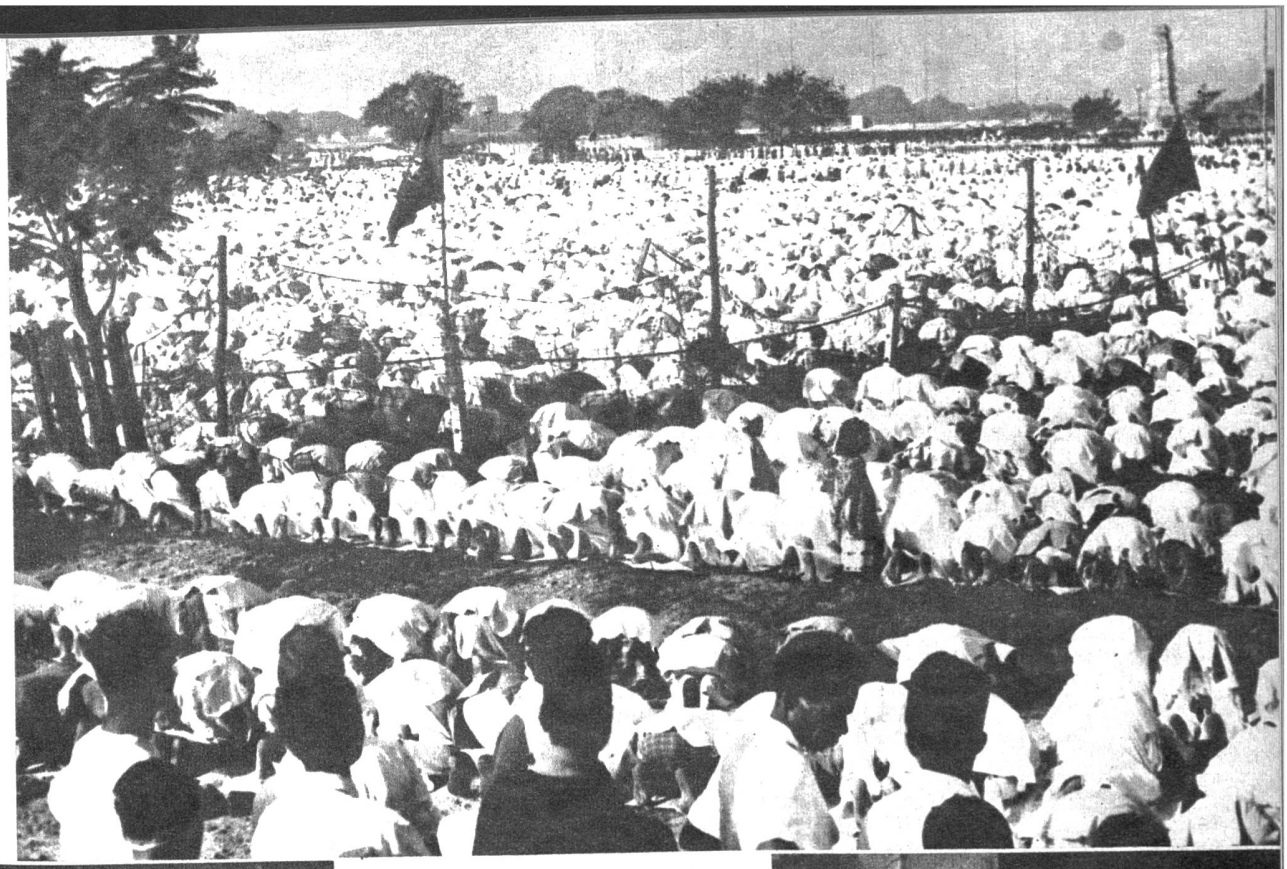
Oben links. Die 3. Hauptrunde des Schweizer-Cup in Bern. Young Boys — Gardy/Jonction 2 : 0. Die Berner «Mutzen» hatten gegen den unterklassigen Club aus der Westschweiz kein allzu leichtes Spiel. Das 2 : 0-Resultat spricht von keiner Klassenüberlegenheit. — Unser Bild: Der welsche Torwart springt «katzenartig» in die Höhe, um den vor das Tor gespielten Ball abzuwehren. (Photopress)

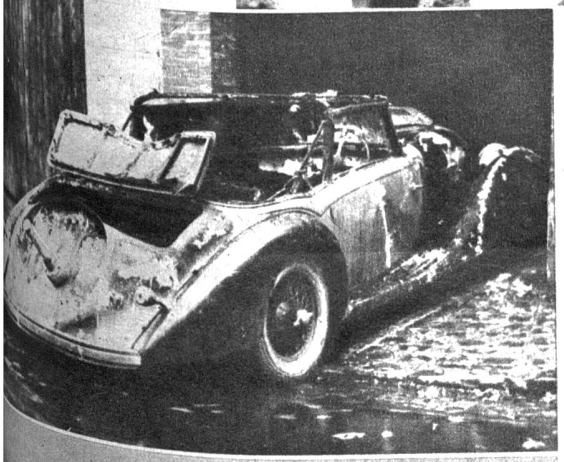
Oben: Mit ihrem klaren und verdienten 9:3-Sieg über Amicita Zürich haben sich die Grasshoppers den Schweizermeistertitel im Handball sichergestellt, den sie bereits schon viermal innehatten. Unser Bild zeigt einen der zahlreichen gut aufgebauten und energisch zum Al ,luss gebrachten Grasshopper-Angriffe. (ATP)

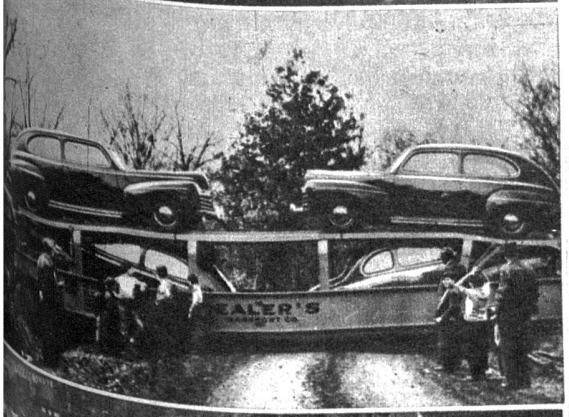
Links: In Lengnau bei Biel hat der Richterswiler *Walter Lehmann*, den unser Bild im famosen einarmigen Handstand am Barren zeigt, seine Vorrundenübungen der diesjährigen schweizerischen Gerätemeisterschaft bestanden und den Tagessieg mit 39,70 Punkten erzielt, wodurch Walter Lehmann und Marcel Adatte gemeinsam im ersten Rang der Vorrunde stehen. (ATP)

sche Geologe Dr. John Williamson ist 1934 nach Tanganiyka ausgewandert und hat in der diamantenreichen Gegend gründliche Untersuchungen angestellt. Er kaufte Land auf und begann mit den Ausgrabungen. Im Jahre 1941 machte er die vermutete Ader ausfindig. Ein Diamant von 135 Karat — der berühmte Koh-I-Noor wiegt 106 Karat — und ein kleinerer von 65 Karat haben den Besitzer bereits zu einem Krösus gemacht, und die Mine Dr. Williamsons von Mwandi ist heute vermutlich die grösste und reichste der Welt. (ATP)

Rechts: Das Bakr-Id-Fest der Muselmanen ist in Kalkutta entgegen den Befürchtungen der Regierung und der britischen Truppen friedlich verlaufen. Nur vier Zwischenfälle und — nur zwei Tote wurden gemeldet, während das eigentliche religiöse Fest ungestört blieb. (ATP)





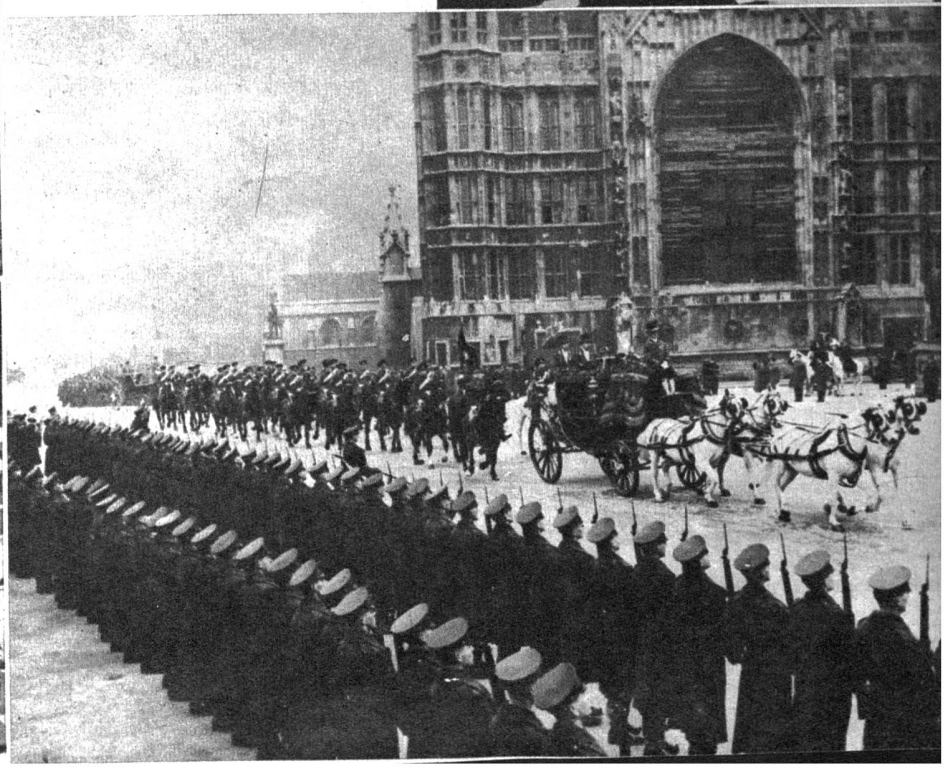


Rechts:

Nach der Rückkehr des ägyptischen Ministerpräsidenten Sidky Pascha aus London und der Bekanntgabe der sich widersprechenden Ergebnisse der Besprechungen kam es zu machtvollen *Demonstrationen der Wafdisten,* die ihren Parteichef, *Makram Ebade Pascha,* im Triumph auf die Schultern hoben, nachdem er die Jugend zu «extremerer Haltung gegenüber der Regierung» aufgefordert hatte

Unten:

Zur Parlamentseröffnung in London ist König Georg VI. von England, begleitet von der Königin und von Feldmarschall Viscount Alanbrooke, in der von vier Windsor-Schimmeln gezogenen Staatskarosse vor dem Westminster aufgefahren. (ATP)



POLITISCHE RUNDSCHAU

Achteinhalb Milliarden Bundesschuld . . .

-an- Vor langen Jahren erhielt ich den Besuch eines Mannes, der sich in der europäischen Wirtschaftsgeschichte sehr gut auskannte. Er entwickelte mir eine für mich höchst sonderbare These. Nämlich: «*Jedesmal, wenn im 19. Jahrhundert irgendein Staat anfing, Schulden zurückzuzahlen, war dies der Beginn einer Wirtschaftskeise . . .*» Mich nahm wunder, wieso dies der Fall sei. Antwort: Sehr einfach: Wenn je ein Staat so weit kommt, dass er Budgetüberschüsse erzielt, ist dies ein Beweis dafür, dass die Steuern sehr reichlich fliessen. Also muss auch die Wirtschaft in höchster Blüte sein — und muss wahrscheinlich ebenfalls Schulden zurückzahlen können. Daraus ergibt sich ein Ueberangebot von Kapital. Man sieht den Zinsfuss sinken, benutzt die Gelegenheit, um billiges Kapital an Stelle des teurern zu bekommen, vermag infolgedessen die Preise zu verbilligen, und leitet damit einen allgemeinen Preisfall — und Preiszerfall — ein. Das aber ist notwendigerweise der Beginn einer Wirtschaftskrise. So redete der Mann. Ich habe seither nie mehr über finanzpolitische Angelegenheiten diskutieren können, ohne an ihn zu denken.

Die *Eidgenossenschaft* hat heute *8½ Milliarden Schulden.* Das Budget für nächstes Jahr wird die Schuld um beinahe eine Viertelmilliarde erhöhen. Soll man dieser weitern Schuldenvermehrung zustimmen, oder soll man mit den Warnern den Klagechor singen, dass es «so nicht weitergehen» könne? Der Bürger ist selbstverständlich bereit, in dem weiter wachsenden Berge von eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Verpflichtungen, die zusammen natürlich noch mehr als 8½ Milliarden ausmachen, eine Gefahr zu sehen. Und je mehr einer selbst im Geschäftsleben steht, desto selbstverständlicher vergleicht er die staatliche Wirtschaft mit der eines privaten Geschäftsbetriebes und verlangt «gesunde Verhältnisse». Und ist einer nicht Geschäftsmann, dann kann er es zum mindesten mit der Angst zu tun bekommen, ein überschuldeter Staat sei schliesslich zur Erfüllung seiner sozialen Leistungen nicht mehr imstande.

Wir sollten alle, Geschäftsleute oder unselbständig Erwerbende, nationalökonomisch denken lernen. Das heisst: Wir sollten wissen, dass die Schulden eines Staates genau so erträglich sind wie die eines privaten Betriebes, wenn der «Ertrag» ausreicht, sie zu verzinsen, die Tilgungsverpflichtungen einzuhalten und auch für neue, notwendige Anleihen gutzustehen. Ist der «*Ertrag*» eines privaten Geschäftes buchhalterisch zu erfassen, so auch der des Staates: *Seine Steuereingänge.* Nun versteht es sich von selbst, dass Steuern, die ohne Erhöhung des Steuerfusses reichlich fliessen, ein wachsendes Wirtschaftsvolumen voraussetzen. Sorge des Staates wäre also, dafür zu sorgen, *dass die gesamte Wirtschaft im Verhältnis zur Staatsverschuldung und zu den Steueransätzen beständig wachse: «Konjunkturpolitik.»* Wer nicht daran glaubt, dass der Staat ein solches Wachstum der Wirtschaft bewirken solle oder könne, der hat natürlich allen Grund zur Angst. Um dieses Problem also geht es letzten Endes, wenn wir uns über diese 8½ Milliarden unterhalten.

Fortschritte

Zwischen der britischen und der ägyptischen Delegation sind Ergebnisse erzielt worden, die Grund zur *Hoffnung auf eine endgültige Verständigung* bieten. England ist bereit, die wichtigsten Städte Aegyptens, vorab *Kairo* und *Alexandrien*, schon bis zum nächsten Januar zu räumen. Das gesamte Territorium aber wird bis ins Jahr 1949 «engländerfrei» sein. Vereinbarungen sollen getroffen werden, um die *gemeinsame Verwaltung des Sudans mit Aegypten* unter der Krone Faruks einzuleiten. Die Sudanesen sollen vorbereitet werden, ihre Entscheidung zu treffen, ob sie künftig als selbständige Nation oder als Aegypter gelten wollen. Die Engländer haben sich damit eine Hintertüre offen behalten. Vielleicht lehnt der Sudan die Herrschaft der übermächtigen ägyptischen Brüder ab und begibt sich in separate Verbindung mit dem englischen Empire. Sollte dies aber nicht der Fall sein, bleibt immer noch *das Bündnis*, das London mit dem «grössern» Aegypten zu schliessen gewillt ist.

Natürlich sind die extrem nationalistischen Kreise des Nillandes *gegen* eine solche «ewige Verkettung» mit dem Empire. Man wird sich auf Aktionen der Unversöhnlichen gefasst machen können. Bereits kam es *in Kairo* zu einer *Studentendemonstration*, und die versammelte Masse der 5000 Jugendlichen schrie: «Nieder mit dem Bündnis!» Bereits machen sich auch die Aengste der ägyptischen Regierung vor der Opposition bemerkbar. Die internen Verhandlungen wurden vertagt. Man beeilt sich durchaus nicht, dem eigenen Volke die Tatsachen als fix und fertig vorzulegen und bekanntzugeben, wieviel man in London erreicht habe und was nicht zu erreichen sei. Das Communiqué, welches die Welt in vagen Umrissen von den Verhandlungsergebnissen unterrichtete, war nicht eben umfangreich und noch weniger deutlich. Dies und das kann nachträglich zum Vorschein kommen, was die Extremisten zur Wut reizt. Ueberdies steht keineswegs fest, *wie die Abmachungen in London aufgenommen* werden. Es könnte sein, dass die Konservativen fragen, *wo* auf der Sinai-Halbinsel eigentlich die reservierten Flugplätze der britischen Armee liegen werden. Und es wäre möglich, dass die Wafdisten oder die unterirdischen Extremisten Aegyptens gerade dieser Flugplätze wegen «Verrat» schreien.

Immerhin — es sind Fortschritte erzielt worden. Und es mag die Zeit sein, auf welche die Labourregierung baut. Ein weiteres halbes Jahr, und Aegypten sieht ein, dass London wahrlich viel zugestanden habe. Und noch etwas ist denkbar: Die heutige Regierung Aegyptens könnte, genau wie die indische, froh sein, wenn die englischen Garnisonen für weitere zwei Jahre irgendwo in der Nähe der grossen Städte stehen bleiben, «einsatzbereit» für den Fall, dass auch die Araber Aegyptens ihre Parteistreitigkeiten mit ähnlich blutigen Methoden wie die Hindus und die Moslims in Indien auszutragen begännen. Gibt es doch am Nil wie am Ganges allerlei Probleme, deren Gärung verhindert wurde, solange eine fremde Garnison für Ordnung sorgte. Auch Aegypten hat seine sozialen Sorgen, hat seinen Grossbesitz und seine bittere Armut, hat Fellachen, die wie halbe Tiere leben, hat in den Städten ein modernes Proletariat, das nicht zahmen sozialistischen, sondern extremen kommunistischen Parolen zugänglich sein wird, wenn es erwacht, hat sogar seine russlandfreundlichen Zellen innerhalb des intellektuellen Proletariats und unter den ärmsten Arbeitern. London vergisst dies kaum, und solange Labour regiert, werden auch die Versuche nicht ausbleiben, *die Ordnung Aegyptens im Sinne einer westlichen Demokratisierung zu beeinflussen.* Bis zum Jahre 1949 werden die Garanten dieser Beeinflussung, die Garnisonen, noch vorhanden sein. Was nachher sein wird, hängt viel davon ab, ob sich der heutige, immerhin demokratisch-westliche Kurs zu stabilisieren vermag. Vielleicht ist diese Stabilisierung sogar noch wichtiger als das Bündnis England-Aegypten, das ja doch nur *dann* halten wird, wenn das Nilland nicht seine eigenen ideologischen Wege geht.

Der holländisch-indonesische Ausgleich marschiert in ähnlicher Weise wie der britisch-ägyptische. Die holländische Regierung will um jeden Preis die Verbindung mit seiner schönen «Insulinde» aufrecht erhalten. Inbegriff dieser Verbindung soll die Herrschaft der Krone über die rebellischen Inseln sein. Die Königin Wilhelmine würde sich etwa «*Königin der Niederlande und Indonesiens*» oder ähnlich taufen. Eine Personalunion, ähnlich wie im alten Oesterreich-Ungarn, ist vorgesehen. Die Unabhängigkeitspartei der ehemaligen Untertanengebiete freilich will mehr und verlangt beharrlich das Recht der Insulinde, sich als völlig unabhängig erklären zu dürfen. Das heute tatsächlich regierende *Kabinett Schahrir* in Batavia stellt wahrscheinlich, soviel man beurteilen kann, die gemässigte Richtung unter den politisch erwachten malayischen Kreisen dar. Ihm gegenüber stehen die Extremisten, die naturgemäss viel stärker sind, als sie es ihrer Zahl nach eigentlich sein müssten. Würden die fremden Truppen das Land untunlich früh verlassen, könnte sich ein Sturm erheben und die «sozialistische Partei Schahrirs hinwegfegen.

Es scheint, dass *in den Niederlanden* diese Gefahr nicht richtig eingeschätzt wird. Die in der Regierung massgebend beteiligte *katholische Partei opponiert dem Verfassungsprojekt. Ein Minister gibt zum Zeichen des Protestes seinen Rücktritt. Bank- und Handelskreise agitieren heftig.* Selbstverständlich wirken solche Angriffe auf die Malayen zurück. Vielleicht braucht es einige tragische Ereignisse, um den Unbelehrbaren beizubringen, dass Einbussen an Macht und Besitz unabwendbar seien. Und vor allem: Dass die Wiederherstellung der alten Herrlichkeit heute nicht mehr möglich sei.

Die Kreise, welche für den endgültigen Verlust ihrer Plantagen und für ihre Handelsniederlassungen bangen, sagen, es sei schliesslich nur Java, welches eine «politisch erwachte» einheimische Bevölkerung aufweise. Man brauche nur den ziemlich dünn gesäten politisch reifen Kreisen mit der nötigen Härte zu begegnen, um sie geschmeidiger und nachgiebiger zu machen. Sowieso liege die Frage so, ob an Stelle der niederländischen Pflanzer und Handelsherren eine Schicht reicher Einheimischer, verstärkt durch die reichen ansässigen Chinesen, die politische und wirtschaftliche Herrschaft übernehmen solle. Es liesse sich schliesslich auch mit den untern Volksschichten paktieren, falls *die «Intellektuellen» in Batavia, Sœrabaya und anderswo* nicht begreifen sollten, was Eigentumsrechte von Holländern seien, und dass sie garantiert werden müssten. Um diese Punkte dreht sich der Widerstand der holländischen Katholiken- und Bankkreise.

Leider ist es aber so, dass den malayischen Extremisten jederzeit Zehntausende und Hunderttausende von Eingeborenen folgen, falls sie die Parole bewaffneten Widerstandes ausgeben. Wogegen sich die Massen indifferent verhalten werden, sobald die gemässigte Regierung sich an sie wenden und zur Stützung der gemeinsamen holländisch-indonesischen Interessen aufrufen würde. Einer fanatisierten Minderheit rückständiger Eingeborner, die blindlings die Fremden hassen und ihre Führer als Propheten ansehen, steht die gewaltige Mehrheit der entwickelten Schichten gegenüber, die recht indifferent die Dinge gehen lassen, wie sie wollen, aber erwarten, dass die Herren von gestern sich auf einen «geordneten Rückzug» begeben.

Aus Deutschland

ist in den letzten Tagen eine sehr erfreuliche Nachricht eingetroffen: *Die ersten russischen Nahrungsmitteltransporte — das heisst, die ersten deutschen Transporte aus der russischen Zone — treffen in der britischen ein.* Vor einiger Zeit schon sei es, wie gesagt wird, zu einem Abkommen zwischen dem britischen und russischen Besatzungsregime gekommen. 100 000 Tonnen Lebensmittel würden auf deutschen Schiffen nach Hamburg und Lübeck geführt. Die Russen bekämen für ihr Entgegenkommen Stahl und andere Rohstoffe, Dinge, die in den Fabriken Sachsens, Thüringens und Brandenburgs sehr willkommen seien. Unter den Mannschaften, welche sowohl auf russischer wie auf britischer Seite diese Aktion der Vernunft überwachten, herrsche das beste Einvernehmen. Sogar Begeisterung komme auf. Man kann das wahrhaftig glauben. Die Moral einer Besatzungstruppe kann nur gewinnen, wenn sie endlich Zeuge und Organisator einer menschenwürdigen Tat werden darf.

Zweifellos aber sind die Engländer über diese Transporte ebenso froh wie die Deutschen. Auf ihnen lastet ja die Verantwortung für *das hungernde Ruhrgebiet.* Sie sind, es, die die völlige *Absperrung Düsseldorfs* verfügen mussten, als sich dort — schon vor Wochen — Hungerkrawalle abspielten. Sie sind es auch, die schon wiederholt *in Hamburg* mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hatten. In vielen Städten der englischen Zone wurde letzte Woche festgestellt, dass die auf den Karten gedruckten Rationen für den nächsten Tag nicht mehr lieferbar seien. Man hat kaum Notiz davon genommen, dass *Amerika sofort zu einer Hilfsaktion bereit* war und praktisch anordnete, *die von Engalnd nichi lieferbaren Vorräte würden ersetzt durch amerikanische Zufuhren.* Dass nun auch von Russland ein Schritt getan wurde, *das* vermerkte man. Und vermerkte es um so mehr, als man sich geradezu an den Gedanken gewöhnt hatte, die Herren in Moskau und ihre Stellvertreter würden kaltblütig geschehen lassen, was auch im westlichen Deutschland komme.

Vielleicht gehört freilich das russische Entgegenkommen in ein Programm, das nicht ganz so harmlos und menschenfreundlich aussieht, wie es einem Rotkreuzkomitee gefallen würde. Man darf die in letzter Zeit verstärkten *russischen Bemühungen um ein Zusammengehen mit England* nicht vergessen. Darf auch nicht vergessen, wie *im britischen Unterhaus* eine *Revolte von Labourabgeordneten der Linken* stattgefunden, die mit der starren Politik Bevins gegenüber Russland nicht einverstanden waren und die Dankadresse auf die Thronrede benützten, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Dass die *britischen* Besatzungsbehörden und nicht die amerikanischen es sind, welche die russische Hilfsbereitschaft erfahren, könnte also nicht ganz auffällig sein.

Und denkt man noch ein wenig weiter, muss man daran erinnern, dass *in den französischen Wahlen die Kommunisten als stärkste Partei obsiegten* und heute versuchen, mit Hilfe einer revidierten Volksfront die Regierung zu bilden. Einst, als der europäische Fascismus seine Riesensprünge auf die Herrschaft hin begann, wurde in Moskau beschlossen, die Parteien der Dritten Internationale sollten mit Sozialisten und bürgerlichen Liberalen zusammenspannen. Moskau muss heute genau so wie damals überlegen: Die Rechtsgruppen in Frankreich — übrigens auch in Süditalien unter der Fahne des «Uomoqualunque» — sind neben den Kommunisten die eigentlichen Gewinner der Wahlen. Es geht rasch auf die alte, verhängnisvolle Gruppierung zu, da «Rechtsextremisten und Linksextremisten» als schlagbereite Umstürzler die demokratische Mitte aufrieben. *USA aber steuert* — nach doktrinärer russischer Ansicht, *direkt auf ein fascistisches Experiment zu.* Bereits wird auf Streikposten geschossen, bereits diktieren die Behörden den *streikenden Grubenarbeitern* über ihre Chefs hinweg, dass sie die von der Nation verlangten Kohlen zu fördern haben. Will nun Moskau diesen Entwicklungen mit «Volksfrontrezepten» entgegenarbeiten, geht es nicht länger mit der bisherigen Behandlung Deutschlands, muss die Verbindung mit Labour hergestellt werden . . .

Veltlinerstube
Herrengasse 25 (Casino)